



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 25. September 2013
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Petermartin Oschmann

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil): 17:20 Uhr

Ende: 17:20 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 39/13 NÖ, 42/13

(Drucksachenband 178)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0092 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0093 Genehmigung der Niederschrift vom 28.08.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 28.08.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

0094 13-F-03-0106

Vergabepaxis der Stadt Wiesbaden an Rechtsanwaltskanzleien
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 16.09.2013 -

Stv. Maritzen begründet den Antrag.

Herr Emmel (Leiter der Kämmerei) weist darauf hin, dass es keine Übersicht gibt, in der alle Vergaben aller Dezernate abgebildet sind. Es müssen daher alle Dezernate um Mitarbeit gebeten werden.

Oberbürgermeister Gerich bittet den Ausschuss darum, damit einverstanden zu sein, dass in diesem Zusammenhang auch der Aufwand der Dezernate für die Recherche usw. mitgeteilt wird.

Herr Dr. Kleine teilt mit, dass in diesem Fall auch keine Abfrage über SAP möglich ist.

Lt. Stv. Kienast-Dittrich ist die Beantwortung des Antrages mit viel Arbeit für die einzelnen Dezernate verbunden und was es dann bringt, wenn wir wissen, welche Kanzlei wie oft beauftragt wurde, bleibt unklar.

Herr Zenzen (Leiter Revisionsamt) bittet darum, nicht nur das Rechtsamt mit der Recherche zu beauftragen, sondern alle Dezernate einzubinden. Es muss konkret in jedem Bereich nachgefragt werden, wer wann zu welchem Punkt etwas konkret vergeben hat.

Vors. Oschmann weist auf einen Vorläuferbeschluss hin.

Der Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. September 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0095 13-V-51-0042

Wohnungsbauprogramm 2013 Kontingentsanmeldung_02

Stv. Rottloff fragt nach, warum die Sitzungsvorlage überhaupt auf der Tagesordnung stehe. Die Finanzierung sei dargelegt, also bestehe kein Grund, diese Vorlage hier zu behandeln.

Vors. Oschmann weist auf die Finanzsperre von 720.000 € hin.

Stv. Dr. von Poser hat Aufklärungsbedarf zur Förderungswürdigkeit des Hauses mit 8 Wohneinheiten (Ist das bei einem Privathaus überhaupt möglich?) und zitiert aus dem Schreiben des Bauherrn aus Kloppenheim, der auf den Fluglärm hinweist. Er möchte den Begriff Anfangsmiete geklärt haben.

Stv. Dr. Gretz-Roth kann zu den Fragen nicht umfassend antworten, aber zu der Landes- und Stadtförderung gibt es ein Vertragswerk, in dem auch zu den Mietbindungen etwas gesagt ist. Sie geht davon aus, dass die Stadt sicher Belegungsrechte hat. Sie hat keine Bedenken, der Sitzungsvorlage zuzustimmen, da alles der Kontrolle unterliegt.

Oberbürgermeister Gerich verweist auf Herrn Vollmer, der für Auskünfte in der Sitzung anwesend ist.

Herr Vollmer berichtet, dass es sich um einen privaten Investor handele, der ein zinsgünstiges Darlehen von Land und Stadt erhält. Die Wohnungen seien nicht für den Investor bestimmt, sondern es seien Mietwohnungen. Die Miete ist eine Einstiegsrente und diese sei nur unter Berücksichtigung des Lebenshaltungsindex fortschreibbar. Die Bindungsdauer beträgt 20 Jahre.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0096 13-V-70-0004

Jahresabschluss 2012 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses;
Ergebnisverwendung

Stv. Göttenauer fragt nach dem Gewinn der Landeshauptstadt Wiesbaden (Ziffer 3). Er ging bisher davon aus, dass die Gebühren kostendeckend sein sollen. Was aus dem Abwasser erwirtschaftet wird, müsste nach seiner Auffassung normalerweise in den Gebührenaussgleich fließen. Er fragt, ob das geprüft sei.

Herr Wack (Betriebsleiter ELW) berichtet, dass es sich bei dem Gewinn von 3,1 Mio Euro um den handelsrechtlichen Abschluss handele, der nichts mit den Gebühren zu tun habe. In den einzelnen Gebührensparthen mache man keine Gewinne.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0097 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

nicht öffentliche Sitzung

0101 13-V-20-0062

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2.Quartal 2013

Stv. Göttenauer fragt nach der umfangreichen Anlage 2 zu diesem Bericht, der dieses Mal nicht für die Ausschussmitglieder umgedruckt wurde.

Oberbürgermeister Gerich bittet unabhängig von der Beschlussfassung des Magistrats darum, dem Wunsch von Stv. Göttenauer zukünftig Rechnung zu tragen.

Einstimmig

0102 07-A-19-0022

Empfehlungsprotokolle der Betriebskommission der ELW und der TriWiCon

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das in der Sitzung vorgelegte Empfehlungsprotokoll vorlag, bevor die Beschlussfassung des Ausschusses, in der festgelegt wurde, dass zukünftig keine Empfehlungsprotokolle vorgelegt werden sollen, die Verwaltung erreicht hatte.

Das Empfehlungsprotokoll wird zur Kenntnis genommen. Der Magistrat wird noch einmal darüber informiert, dass zukünftig die Vorlage der Protokolle entfällt.

Einstimmig

0103 07-A-19-0002

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Der mdl. Bericht der Antikorruptionsbeauftragten, Frau Inge Schupp, wird zur Kenntnis genommen und in folgendem Beschluss zusammengefasst:

- Ein Korruptionsgesetz wurde 2011 auf Landesebene eingebracht. Der Entwurf wurde abgelehnt und bislang auch nicht wieder aufgegriffen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- Der Erlass zur Korruptionsbekämpfung in der Landesverwaltung ist Grundlage für die städtische Ausführungsanweisung zur Annahme von Belohnungen und Geschenken. Die Anweisung ist im Öffentlichen Ordner zu finden.
Eine Anpassung der Freigrenze auf 25 € analog der Bundesregelung wäre hilfreich. Die 10 €-Grenze müsste auf jeden Fall überarbeitet werden.
 - Sponsoring ist ein wichtiges Thema, zu dem es einen Austausch mit anderen Bereichen gibt.
 - Die Hess. Landesregierung hat die erhöhten Wertgrenzen für ein weiteres Jahr freigegeben. Die Eigenbetriebe sind in dieses Verfahren auch eingebunden.
 - Ende letzten Jahres hat der Magistrat beschlossen, das Beschaffungscontrolling der Kernverwaltung fortzusetzen. Dadurch werden evtl. Unrichtigkeiten schneller auffindbar. Ein Beschaffungsbericht wird zukünftig jährlich erstellt und dem Magistrat im 3. Quartal vorgelegt.
 - Zu einem IT-Verfahren zum Gebäudemanagement ist die Organisationsuntersuchung erfolgt. Die Immobilienverwaltung wird dadurch übersichtlicher. Wahrscheinlich wird zum Jahresende eine Sitzungsvorlage erstellt. Das Projekt ist bis 2019 angelegt und umfasst alle Immobilien.
 - Die Compliance-Richtlinie für städtische Gesellschaften liegt im Entwurf seit Längerem vor. Nach dem OB-Wechsel gibt es neue Ansatzpunkte. Eine Arbeitsgruppe soll eingerichtet werden. Für Nov. / Dez. 2013 ist die Erstellung einer Sitzungsvorlage durch Herrn Giebeler angedacht.
 - Die Schulung der Nachwuchskräfte ist mittlerweile Standard und auch in diesem Jahr erfolgt.
 - Eine zusätzliche Schulung der Mitarbeiter/innen der Ausländerbehörde unterteilt in Leitungs- und Mitarbeitererebene hat ebenfalls stattgefunden. In der Ausländerbehörde ist abweichend von der Erhöhung der Wertgrenze bei der Annahme von Belohnungen und Geschenken eine 0-Regelung angedacht.
 - Zur lfd. Bearbeitung von Frau Schupp gehört u.a. die Bearbeitung von Umfragen (z. B. KPMG, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Stadt Wetzlar).
 - Wegen der Langzeiterkrankung der Vorsitzenden gibt es zurzeit keine Sitzung des Arbeitskreises der „Beauftragten für Korruptionsprävention“. Der Austausch der Mitglieder des Arbeitskreises ist aber weiterhin gegeben.
 - Eine Überarbeitung der Leitlinie „Fuhrparkmanagement“ ist angedacht. Dazu ist eine Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen der Kämmerei und des Personalamtes eingerichtet worden. Frau Schupp ist in den Prozess eingebunden.
 - Bei 2 überörtlichen Prüfungen war Frau Schupp ebenfalls eingebunden.
 - Über Einzelanfragen führt Frau Schupp Buch. In 2012 hat es 12 Beratungen gegeben, die z. T. auch von außerhalb kamen.
In 2013 gab es bisher schon 12 Anfragen (z. B. kostenfreie Übernachtungen).
Des Weiteren liegt eine Anfrage zur Begleitung einer Bachelor-Arbeit vor. Frau Schupp wäre Zweitbeurteilerin.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 25. September 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- Auch über Unregelmäßigkeiten wird Buch geführt.
In 2012 hat es 7 Fälle gegeben. Ein aktiver Bestechungsfall wurde ein Strafbefehl verhängt und mit einer Geldstrafe geahndet.
 - Ein besonderes Thema ist die Rabattgewährung, die z. T. angenommen wird, ohne darüber nachzudenken.
 - Es gibt nach wie vor anonyme Anzeigen wie z. B. gegen Mitarbeiter der ELW, bei denen aber kein Nachweis geführt werden konnte.
 - In 2013 kam es zu 1 anonymen Strafanzeige gegen einen/eine Mitarbeiter/in wegen Vorteilsnahme, der/die an einer Einweihungsfeier teilgenommen haben soll, was nachweislich nicht der Fall war. Eine Anzeige ist wegen Diebstahl erfolgt, ein Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr soll einen Film ins Internet gestellt haben.
Das Revisionsamt, aber auch der Personal- und Organisationsamt ist oft wegen der anstehenden Konsequenzen in die Fälle eingebunden.
 - Für die Zukunft ist eine Vertretungsregelung für Urlaub und Krankheit angestrebt. Ein Gespräch dazu mit Dezernat I ist terminiert.
 - Der Kontakt zur Staatsanwaltschaft besteht nach wie vor.
 - Als Ziele sieht Frau Schupp z. B. die Beteiligung an Vertragsgestaltungen, Richtlinien oder Handlungsanweisungen, die korruptionsrelevante Auswirkungen haben können und eine flächendeckende Schulung aller Organisationseinheiten und Führungskräfte.
2. In Zukunft wird Frau Schupp einmal jährlich über den aktuellen Stand ihrer Arbeit berichten.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 10.10.2013

Vorsitzender

Schriftführerin

Weit. Schriftführerin

Oschmann

Kienast-Dittrich

Koba